

EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Zum Denken und Fühlen ..

Über die folgende Meldung muss ich lachen und weinen gleichzeitig. Sie liest sich für mich wie eine Meldung aus einem Märchenland, in dem eine vermeintlich menschenfreundliche Diktatur schon weiß, was für ihre Untertanen gut ist. Die Komik der Meldung ist offensichtlich, die Tragik ist, dass die Mehrheit der Bürger inzwischen solche merkwürdige Eingriffe in ihre Mobilität und sogar Verkehrsführung vor Ort seitens der EU mit ihren Steuergeldern entweder nicht wahrnimmt oder gerne so in ihrem Leben gelenkt wird:

Europäischer Rat: Verkehrsminister beschäftigen sich erstmals mit dem Fahrrad als Verkehrsmittel

Auf der informellen Tagung des Verkehrsrats am 07.10.2015 in LUX standen erstmals das Fahrrad als Verkehrsmittel und seine Auswirkungen auf Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft im Mittelpunkt der Debatte. Am Ende der Tagung verabschiedeten die Minister einstimmig eine Erklärung über das Fahrrad als klimafreundliches^{90%} Verkehrsmittel. Darin wird zu einer Verbesserung der europäischen Radverkehrspolitik und zu einer verstärkten Sensibilisierung der europäischen Bevölkerung aufgerufen, um die Kultur des Radfahrens zu fördern. Konkret wird die Kommission dazu angeregt, eine Fahrradstrategie zu erarbeiten und das Fahrrad als Verkehrsmittel in bereits bestehende Strategien wie die Smart Cities Initiative einzubeziehen. Zudem wird

die Einrichtung einer Instanz bei der Kommission angeregt, die für die praktische Umsetzung der Fahrradstrategie zuständig und sich um den Austausch von Best Practice Beispielen kümmern soll. Parallel dazu sollen nationale Instanzen in den Mitgliedstaaten Beispiele für bewährte Praktiken sammeln und unter den Mitgliedstaaten verbreiten. Zudem betonen die Verkehrsminister, dass bei nationalen Infrastrukturprojekten die internationalen, nationalen, regionalen und lokalen Radverkehrsnetze berücksichtigt und gestärkt werden sollen. Schließlich sollen der Radverkehr in städtebauliche Projekte auf lokaler und auf regionaler Ebene eingebunden, Finanzierungsmöglichkeiten mobilisiert und Leitlinien in enger Kooperation mit der europäischen Instanz erarbeitet werden.

<http://www.eu2015lu.eu/en/actualites/communiqués/2015/10/07-info-transportdeclaration-velo/07-Info-Transport-Declaration-of-Luxembourg-on-Cycling-as-a-climate-friendly-Transport-Mode---2015-10-06.pdf>

EU-Kommission

11. TTIP-Verhandlungsrunde in Miami

Die TTIP-Verhandlungspartner wollen in den kommenden Monaten deutliche Fortschritte beim Themenkomplex regulatorische Kooperation und der Zieldefinition für alle neun geplanten Branchenanhänge erreichen. Das ist ein Ergebnis der 11. Verhandlungsrunde (19.-23.10.) zur Transatlantischen Handels- und Investitionspart



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

nerschaft (TTIP). Als bedeutenden Schritt nach vorne wertete EU-Chefunterhändler Ignacio García Bercero den Austausch aktualisierter Zollangebote, die beide Verhandlungspartner auf ein vergleichbares Niveau der Liberalisierung von zurzeit ca. 97 Prozent aller Zolllinien brächten.

EU und Tunesien beginnen Freihandelsverhandlungen

Die EU und Tunesien haben Verhandlungen über ein umfassendes Freihandels- und Investitionsabkommen aufgenommen. Die EU möchte dies als starkes Signal verstanden wissen, die junge Demokratie bei ihren wirtschaftlichen und politischen Reformen begleiten und unterstützen zu wollen. Das zukünftige Abkommen soll unter anderem Regelungen zum Handel mit Waren und Dienstleistungen, öffentlicher Beschaffung, Wettbewerb, den Rechten geistigen Eigentums und Investitionsschutz enthalten.

Bereits seit 1995 verbindet die EU und Tunesien ein Assoziierungsabkommen, welches verschiedene Handels- und Zollerleichterungen beinhaltet. Seitdem hat sich der Handel zwischen der EU und Tunesien mehr als verdoppelt. Die EU ist heute Tunesiens wichtigster Handelspartner. Im Jahre 2014 gingen nahezu drei Viertel der tunesischen Exporte in die EU; mehr als die Hälfte aller tunesischen Importe kamen aus der EU. Rund 3.000 europäische Unternehmen sind bereits in Tunesien angesiedelt und konnten ca. 300.000 Arbeitsplätze schaffen.

Alte und neue Schulden: 14 Länder reißen die Maastricht-Grenze

Laut Eurostat verringerte sich das Defizit im Euroraum gegenüber 2013 von 3,0 Prozent auf 2,6 Prozent, während sich in der EU die Neuverschuldung von 3,3 Prozent auf 3,0 Prozent verringerte. Dabei erzielte Deutschland mit +0,3 Prozent einen leichten Überschuss und gehört mit Dänemark (+1,5 Prozent), Luxemburg (+1,4 Prozent) und Estland (+0,7 Prozent) zu den wenigen Ländern, die 2014 einen Überschuss einführen. Die niedrigsten öffentlichen Defizite wurden von Litauen (-0,7 Prozent), Rumänien (-1,4 Prozent), Lettland (-1,5 Prozent), Schweden (-1,7 Prozent) und der Tschechischen Republik erwirtschaftet (-1,9 Prozent). 14 Länder waren dagegen nicht in der Lage die Maastricht-Grenze von drei Prozent einzuhalten.

Allerdings stieg der Schuldenstand in EU und Eurozone weiter an. Gegenüber dem Vorjahr (2013) erhöhte sich die Gesamtverschuldung im Euroraum um ein Prozent auf 92,1 Prozent sowie um 1,3 Prozent auf 86,8 Prozent in den EU28. Die niedrigsten Verschuldungsquoten erreichten Estland (10,4 Prozent), Luxemburg (23,0 Prozent), Bulgarien (27,0 Prozent), Rumänien (39,9 Prozent), Lettland (40,6 Prozent) und Litauen (40,7 Prozent). 16 Mitgliedstaaten verfehlten die Maastricht Voraussetzungen von maximal 60 Prozent des BIP. Deutschland lag mit einer Neuverschuldung von 74,9 Prozent des BIP im Mittelfeld, jedoch ebenfalls über der 60-Prozent-Schwelle.



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

China beteiligt sich an EU-Investitions-offensive (EFSI)

Am 28.09.2015 teilte der Vizepremierminister (VPM) von China dem Kommissionsvizepräsidenten Katainen (KVP) im Rahmen des Wirtschafts- und Handelsdialogs mit, dass sich China an der mit 315 Mrd. EUR ausgestatteten Investitionsoffensive für Europa beteiligen wird. Bisher haben noch keine weiteren Nicht-EU-Länder einen Beitrag zu der Offensive angekündigt. Weiterhin einigten sich der VPM von China und der KVP auf die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, die die Zusammenarbeit zwischen der EU und China im gesamten Bereich der Investitionen verbessern soll.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5723_de.htm

Förderung des Absatzes europäischer Agrarartikel

„Enjoy, it's from Europe“. so lautet die neue Absatzförderungskampagne der Europäischen Kommission für europäische Agrarerzeugnisse für das Jahr 2016. Am 13. Oktober 2015 stellte EU-Kommissar Phil Hogan die Neuerungen vor. Mit der neuen Absatzförderungspolitik (http://ec.europa.eu/agriculture/promotion/policy/index_de.htm) soll die Branche bei der Erschließung beziehungsweise Konsolidierung internationaler Märkte unterstützt werden. Die Mittel für Informations- und Absatzförderungskampagnen werden schrittweise bis auf 200 Millionen Euro im Jahr 2019 gesteigert. Im Rahmen des Programmes wurde auch der Anwendungsbereich für verarbeitete Agrarnahrungsmittel, wie

zum Beispiel Brot, Teigwaren und Schokolade ausgeweitet. EU-Kommissar Phil Hogan will zudem in den nächsten Monaten eine diplomatische Offensive starten und Handelsdelegationen organisieren. Die neuen Regelungen gelten ab dem 1. Dezember 2015.

Europäischer Rat

Abschluss Freihandelsabkommen zwischen EU und Südkorea

Am 01.10.2015 hat der Wettbewerbsfähigkeitsrat einen Beschluss über den Abschluss des bereits im Oktober 2010 unterzeichneten Freihandelsabkommen der EU mit Südkorea angenommen. Die 2010 geschlossene Vereinbarung zielt auf eine graduelle Liberalisierung des Handels mit Gütern und Dienstleistungen ab. Alle EU-Mitgliedstaaten haben das Abkommen zwischenzeitlich ratifiziert und die Mehrzahl der Bestimmungen seit dem 01.07.2011 provisorisch bereits angewandt. Dieses Handelsabkommen ist das erste der EU mit einem asiatischen Land. Die EU ist der viertgrößte Partner Südkoreas für Exporte, umgekehrt ist Südkorea der zehntgrößte Partner der EU für Exporte. Bereits im Juli 2011 wurden ein Großteil der Einfuhrzölle beseitigt, da sich die Parteien verpflichtet haben innerhalb von fünf Jahren 98,7% der Handelszölle abzuschaffen. Am 01.07.2016 sollen alle Einfuhrzölle beseitigt werden, mit Ausnahme einer geringen Anzahl landwirtschaftlicher Produkte. Weiterhin gibt es besondere Bestimmungen für Elektronik, Kraftfahrzeuge und Fahrzeugteile, Arznei



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

mittel, Medizinprodukte und Chemikalien.
Ein Fachausschuss überwacht die Durchführung des Abkommens sowie die Handelsbeziehungen im Allgemeinen.

<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=OJ:L:2011:127:FULL&from=EN>

Auswahl und Redaktion:



Dagmar Weiner

Europabeauftragte der FDP Kreis Offenbach

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg
E-Mail: d.weiner@fdp-kreis-of.de

